

(Abgeordneter Dr. Böhme.)

(A) als Forderung im Volksschulgesetze durchzusetzen. Wir werden auch hier den Tatsachen Rechnung tragen und werden mit Ihnen zu arbeiten versuchen. Meine Herren! Die beiden Namen Hermann Bahr und Johannes Müller sagen in der Entwicklung unseres Volkes auf geistigem Gebiete viel, und wer die Schriften dieser beiden Männer gelesen hat und wer gesehen hat, wie stark der Einfluß dieser Männer auf das Seelenleben unseres Volkes gewachsen ist, muß auch aus diesen Vorgängen in unserem Innern die Überzeugung schöpfen, daß die Stärkung des Innenlebens nicht auf absteigender, sondern auf ansteigender Linie sich bewegt. An diesen Tatsachen wird auch die äußerste Linke des Hauses nicht vorüberkommen, und ich sehe wegen der Lösung der Frage des Volksschulgesetzes durchaus nicht schwarz in die Zukunft. Ich glaube, wir werden in ruhiger, gemeinsamer Arbeit eine Lösung finden, die uns allen erwünscht ist.

Auch die Stellung zur Kirche hätte ich gern von dem Herrn Minister beantwortet gesehen. Wir wollen allen diesen Fragen, da Wahrheit und Klarheit unsere Politik doch beherrschen soll, nicht aus dem Wege gehen, und wir wollen sie nicht hier zur Sprache bringen, um uns auseinanderzureißen, sondern um den Versuch zu machen, daß wir uns einigen. Aber wir können um die Behandlung dieser Fragen nicht herumkommen.

(B)

(Sehr wahr! rechts.)

Welche Stellung wir der Landeskirche gegenüber einnehmen, ist Ihnen bekannt. Wir bedauern außerordentlich, daß es in den letzten Jahrzehnten nicht möglich gewesen ist, die Stellung der Landeskirche so zu festigen, daß die Landeskirche ohne Sorgen in die Zukunft sehen kann. Ich habe wiederholt an den Bestrebungen teilgenommen, die Landeskirche sowohl rechtlich wie vor allen Dingen finanziell selbständig zu machen. Wir würden es außerordentlich bedauern, wenn der Zug der neuen Zeit, der sich in der Neuordnung dokumentiert, die Folge haben sollte, daß wir die Interessen der Landeskirche beiseite schieben. Ich glaube, die bürgerlichen Parteien werden, so bereit sie sind, an der Neuordnung mitzuwirken, auch Fürsorge treffen müssen, daß die Landeskirche nicht Schaden leidet. Wir müssen an das finanzielle Wohl der Landeskirche denken,

(Sehr richtig! rechts.)

und ich hoffe, daß wir Mittel und Wege finden, die Beruhigung der Geistlichkeit und der ganzen Landeskirche zu heben und ihre Zukunft sicherzustellen.

(Bravo!)

Meine Herren! Der Herr Minister hat aber noch ein Weiteres, was uns sehr am Herzen liegt, übersehen. Er hat die verschiedenen Stände in ihrem Verhältnis zum Staate behandelt und hat sie seiner Fürsorge versichert. Aber einen wichtigen Stand, an dessen Wohl uns auf der rechten Seite dieses Hauses ganz besonders gelegen ist und für dessen Wohl wir jederzeit eingetreten sind, hat er übersehen. Das ist der Mittelstand.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich kann nur annehmen, daß es lediglich ein Versehen ist, denn ich meine, auch der Herr Minister wird sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Wohl oder Wehe des Mittelstandes von stärkstem Einfluß auf die ruhige, gedeihliche Entwicklung unseres künftigen politischen Lebens ist. Diese beiden Dinge sind unlöslich miteinander verbunden, und wenn wir für die politische Entwicklung unseres Volkes Ruhe und Ordnung haben wollen, so können wir an der Lösung der wichtigen Frage des Mittelstandes nicht achtlos vorübergehen. Ich glaube, auch in dieser Beziehung wird zwischen der Regierung und dieser Seite des Hauses kein Zwiespalt bestehen. Wir werden gemeinsam dem Mittelstand durchgreifende Hilfe leisten. Wir werden deshalb bitten müssen, daß die wichtigen Anträge, die von der rechten Seite des Hauses in dieser Beziehung gestellt worden sind, in nicht zu ferner Zeit auf die Tagesordnung kommen mögen, damit wir im Mittelstande draußen Beruhigung dahin schaffen, daß die Stände sich der Sorgen des Mittelstandes, die wahrhaftig heute groß genug sind, annehmen und alles tun, um sie zu verringern und vielleicht zu beseitigen.

(Bravo! rechts.)

Nun noch wenige Worte zu den Ausführungen des Herrn Ministers, soweit sie sich auf die Gesamtpolitik bezogen! Wir wußten ja im voraus, daß die ganze Entwicklung auch dahin drängen muß, die Verantwortlichkeit der Regierung in eine Spitze zusammenzufassen. Wenn auch die Verantwortlichkeit der einzelnen Ressortminister, soweit ihr Ressort in Frage kommt, aufrechterhalten bleibt, so werden doch die großen politischen Richtlinien, in denen sich die Gesamtpolitik bewegen muß, unter der einen Verantwortung des Vorsitzenden des Gesamtministeriums stehen müssen. Ob nun die Entwicklung, die sich aus dieser Tatsache anbahnen wird, dahin drängt, in Sachsen eine Ministerpräsidentschaft herbeizuführen, das steht noch dahin. Wir stehen dieser Frage ohne jede Voreingenommenheit gegenüber und werden etwa an uns herankommende Vorschläge mit Entgegenkommen prüfen.